

Verwaltung

38. Kreisbaurat	Georg Raue
39. Kreisrat	Neidhard Varnhorn
40. Kreisoberamtsrätin	Heike Honscha
41. Pressesprecher	Frank Beumker
42. Pressesprecherin	Sabine Uchtmann

Protokollführer/in

43. Kreisamtsrat	Klaus Tiemann
------------------	---------------

Es fehlte/n:

44. Kreistagsabgeordneter	Hartmut Frerichs
45. Kreistagsabgeordneter	Torben Haak
46. Kreistagsabgeordneter	Bernhard Hardenberg
47. Kreistagsabgeordnete	Gabriele Kalvelage
48. Kreistagsabgeordneter	Detlef Kolde
49. Kreistagsabgeordneter	Rainer Kroner
50. Kreistagsabgeordneter	Johannes Loots
51. Kreistagsabgeordnete	Gudrun Lüdders
52. Kreistagsabgeordneter	Bernhard Norenbrock
53. Kreistagsabgeordneter	Bernd Roder
54. Kreistagsabgeordneter	Josef Trenkamp
55. Kreistagsabgeordnete	Julia Wienken

Tagesordnung:

- 1 . Eröffnung der Sitzung
- 2 . Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3 . Feststellung der Tagesordnung
- 4 . Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages vom 17.03.2016
- 5 . Pflichtenbelehrung und Verpflichtung des neuen Kreistagsabgeordneten Herrn Michael Jäger V-KT/16/042
- 6 . Änderung der Besetzung der Ausschüsse V-KT/16/043
- 7 . Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Asylbewerberleistungsempfänger/innen V-SOZ/16/057
- 8 . Antrag des Deutschen Roten Kreuzes auf Weitergewährung des jährlichen Zuschusses für den Behindertenfahrdienst V-SOZ/16/056
- 9 . Durchführung einer überörtlichen Kommunalprüfung betr. die Planung der Versorgung mit Kindertagesstättenplätzen nach § 13 KiTaG V-KA/16/304
- 10 . Nachtragshaushalt 2016 V-KA/16/311
- 11 . Antrag des Heimatbundes für das Oldenburger Münsterland auf Gewährung eines Zuschusses für den Bezug einer neuen Geschäftsstelle V-KUL/16/060
- 12 . Breitbandausbau im Landkreis Cloppenburg V-PLA/16/139
- 13 . Antrag auf Erhöhung des Sachkostenzuschusses für das kirchliche Gymnasium "Liebfrauenschule" Cloppenburg (ULF) V-SCHUL/16/089
- 14 . Medienentwicklungsplan für die Schulen im Landkreis Cloppenburg V-SCHUL/16/090
- 15 . Antrag der Gemeinde Bösel auf Gewährung eines Zuschusses aus der Kreisschulbaukasse (Grundschule Petersdorf: Inklusion/Ganztagsschulbaumaßnahmen – Neubau behindertengerechte Sanitäranlagen und Neubau Gruppenräume) - Maßnahme-Nummer: 410 V-SCHUL/16/092
- 16 . Kommunale Geschwindigkeitsüberwachung im Landkreis Cloppenburg; hier: Erweiterung der stationären Geschwindigkeitsüberwachung V-VERK/16/104



- 17 . Entschärfung von gefährlichen Kreuzungen; hier: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 22.12.2015 V-VERK/16/105/1
- 18 . Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
- 19 . Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten
- 20 . Anfragen
- 21 . Mitteilungen
- 22 . Einwohnerfragestunde

1. Eröffnung der Sitzung

Kreistagsvorsitzender Hackstedt eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden.

Besonders begrüßte er Kreistagsabgeordneten Jäger, der als neues Mitglied des Kreistages zum ersten Mal an einer Sitzung teilnahm.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit wurde durch den Kreistagsvorsitzenden Hackstedt festgestellt.

3. Feststellung der Tagesordnung

Kreistagsvorsitzender Hackstedt schlug vor, nach Tagesordnungspunkt 5 folgenden Tagesordnungspunkt zusätzlich aufzunehmen:

6. Änderung der Besetzung der Ausschüsse

Die folgenden Nummerierungen der Tagesordnungspunkte seien dann entsprechend anzupassen.

Die Tagesordnung mit dieser Ergänzung wurde vom Kreistag einstimmig beschlossen.



4. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages vom 17.03.2016

Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen wies darauf hin, dass ihre Aussage in der Niederschrift zum Tagesordnungspunkt 12 (S. 8 oben) unzutreffend wiedergegeben worden sei. Alle Akteure sollten unverzüglich und nicht erst in einem Jahr an einen Tisch gebracht werden. Sie beantragte, die Worte „nach einem Jahr“, sowie das Wort „dann“ zu Beginn des nächsten Satzes zu streichen.

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages vom 17.03.2016 wurde mit den beantragten Änderungen einstimmig genehmigt.

**5. Pflichtenbelehrung und Verpflichtung des neuen Kreistagsabgeordneten Herrn Michael Jäger
Vorlage: V-KT/16/042**

Kreistagsabgeordneter Michael Jäger wurde förmlich durch Handschlag von Landrat Wimberg verpflichtet. Die Pflichtenbelehrungserklärung wurde von dem Kreistagsabgeordneten Jäger unterzeichnet.

**6. Änderung der Besetzung der Ausschüsse
Vorlage: V-KT/16/043**

Der Kreistag stellte einstimmig fest, dass Kreistagsabgeordneter Jäger Mitglied im Ausschuss für Planung und Umwelt und im Verkehrsausschuss sowie stellvertretendes Mitglied in allen anderen Fachausschüssen und im Kreisausschuss wird.

**7. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Asylbewerberleistungsempfänger/innen
Vorlage: V-SOZ/16/057**

Sozialausschuss am 10.05.2016
Kreisausschuss am 07.06.2016

Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen erläuterte den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Asylbewerberleistungsempfänger/innen. Die Fraktion sei der Auffassung, dass auch der Landkreis Cloppenburg der vom Land Niedersachsen vorgelegten Rahmenvereinbarung beitreten solle.

Durch die Gesundheitskarte werde für die Asylbewerber/innen ein niederschwelliges Angebot geschaffen, damit Betroffene rechtzeitig ärztliche oder auch fachärztliche Hilfe in Anspruch nehmen können. Falls Behandlungen nicht zeitnah erfolgen würden, könnten unter Umständen Folgeerkrankungen entstehen, die dann aufwendiger behandelt werden müssen.



Die kommunalen Spitzenverbände würden der Einführung der Gesundheitskarte zwar kritisch gegenüber stehen. Ursache dieser Haltung sei aber aus ihrer Sicht, dass sich die Verbände beim Abschluss der Rahmenvereinbarung nicht genügend eingebunden fühlten.

Auch die Verwaltungskostenpauschale in Höhe von 8% der entstandenen Leistungsaufwendungen spreche nicht gegen die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte. Gegenwärtig könnten noch keine verlässlichen Werte zur tatsächlichen Höhe dieser Kosten vorgelegt werden. Zudem würden die Erfahrungen der Städte Bremen und Hamburg schon jetzt zeigen, dass durch die elektronische Gesundheitskarte Kosten in der Sozialverwaltung eingespart werden können. Vor jedem Arztbesuch sei nicht mehr die Ausstellung eines Krankenscheins durch das Sozialamt erforderlich.

Kreistagsabgeordneter Möller, Vorsitzender des Sozialausschusses, erläuterte sodann die Beratungen und die Beschlussempfehlungen des Ausschusses. Nach ausführlicher Beratung hätte sich der Fachausschuss mehrheitlich dafür ausgesprochen, dem Kreistag zu empfehlen, zunächst abzuwarten, welche Erfahrungen andere Kommunen in Niedersachsen mit der Umsetzung der Rahmenvereinbarung und der Einführung der elektronischen Gesundheitskarten sammeln würden. Im kommenden Jahr solle dann im Sozialausschuss darüber berichtet werden. Auch der Kreisausausschuss habe sich dieser Beschlussempfehlung mehrheitlich angeschlossen.

Der Kreistag fasste mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen folgenden Beschluss:

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wird abgelehnt.

Die Möglichkeit zur Einführung einer Gesundheitskarte für Asylbewerber wird grundsätzlich begrüßt. Der Kreistag empfiehlt der Kreisverwaltung, die Umsetzung - insbesondere die Erfahrungen anderer Kommunen in Niedersachsen - im Auge zu behalten und im kommenden Jahr darüber dem Sozialausschuss zu berichten.

**8. Antrag des Deutschen Roten Kreuzes auf Weitergewährung des jährlichen Zuschusses für den Behindertenfahrdienst
Vorlage: V-SOZ/16/056**

Sozialausschuss am 10.05.2016
Kreisausschuss am 07.06.2016

Die Kreistagsabgeordneten Lamping und Möller nahmen an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Kreistagsabgeordnete Stärk, stellvertretende Vorsitzende des Sozialhilfeausschusses, trug den Sachverhalt gemäß der Vorlage V-SOZ/16/056 vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, dem Deutschen Roten Kreuz einen Zuschuss in Höhe von 8.000 € jährlich für den Zeitraum 2017 – 2019 zu gewähren.



9. Durchführung einer überörtlichen Kommunalprüfung betr. die Planung der Versorgung mit Kindertagesstättenplätzen nach § 13 KiTaG
Vorlage: V-KA/16/304

Kreisausschuss am 26.04.2016

Landrat Wimberg trug den Sachverhalt gemäß der Vorlage V-KA/16/304 vor.

Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen war der Meinung, dass dieses Ergebnis der überörtlichen Kommunalprüfung auch im Jugendhilfeausschuss als zuständigem Fachausschuss zu beraten sei. Sie beantragte daher, dass der Kreistag den Prüfungsbericht nicht nur zur Kenntnis nimmt, sondern beschließt, dass in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses über mögliche Konsequenzen aus der Überprüfung beraten werde.

Kreistagsabgeordneter Schröer erklärte, dass aus seiner Sicht nichts gegen eine Beratung im Jugendhilfeausschuss spreche.

Der Kreistag nahm das Prüfungsergebnis der überörtlichen Kommunalprüfung im Bereich „Planung der Versorgung mit Kindertagesstättenplätzen nach § 13 KiTaG zur Kenntnis. Er beschloss einstimmig, dass in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses über das Ergebnis der Überprüfung beraten wird.

10. Nachtragshaushalt 2016
Vorlage: V-KA/16/311

Kreisausschuss am 07.06.2016

Landrat Wimberg trug den Sachverhalt entsprechend der Vorlage V-KA/16/311 vor.

Kreistagsabgeordneter Meyer machte deutlich, dass seine Fraktion inhaltlich keine Einwände gegen den vorgelegten Nachtragshaushaltsplan erheben könne. Die Gründe für die Neubewertung der Beamtenstellen seien im Vorbericht dargelegt worden. Seine Fraktion sei allerdings der Meinung, die Neufassung des Stellenplans sei nicht eilbedürftig und könne daher auch bei der Aufstellung des nächsten Haushaltsplanes für das kommende Jahr berücksichtigt werden. Die Änderungen des Stellenplans würden sich auf den Kreishaushalt auswirken. Daher sollten diese Entscheidungen dem neu gewählten Kreistag überlassen werden.

Kreistagsabgeordneter Schröer wies darauf hin, dass Arbeitnehmer einen rückwirkenden Anspruch auf Höhergruppierung hätten, wenn Veränderungen bei den Tätigkeitsmerkmalen ihrer Stelle festgestellt würden. Diesen Rechtsanspruch auf tarifgerechte Bezahlung könnten die Beamten nicht geltend machen. Sie seien daher auf eine Überprüfung ihre Dienstpostenbewertung angewiesen.

Die letzte flächendeckende Dienstpostenbewertung sei im Jahr 1997/1998 auf der Grundlage des KGSt Gutachtens von 1982 durchgeführt worden. Im Jahr 2009 sei ein überarbeitetes und modernisiertes KGSt-Modell veröffentlicht worden. Die nunmehr vorliegenden Ergebnisse würden zeigen, dass nach diesem Zeitraum die erneute flächendeckende Dienstpostenbewertung notwendig und richtig gewesen sei. Durch die



zügige Änderung des Stellenplans könne die Kreisverwaltung mit den Vorbereitungen zur Umsetzung der Ergebnisse beginnen. Mit der Verabschiedung des Stellenplans seien aber unmittelbar keine Beförderungen der Stelleninhaber verbunden. Diese müsse der neue Kreistag beschließen, so dass er hierdurch die Auswirkungen auf die kommenden Kreishaushalte weiterhin kontrollieren könne.

Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen erklärte, dass sie die Bedenken der SPD-Fraktion bzgl. der Eilbedürftigkeit nachvollziehen könne. Zugleich hätten allerdings auch die Beamtinnen und Beamten einen Anspruch auf zeitnahe Einweisung in die entsprechend bewerteten Stellen. Daher unterstütze die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN den vorgelegten Nachtragshaushaltsplan.

Auch Kreistagsabgeordneter Poppe befürwortete im Namen der FDP-Fraktion die zügige Umsetzung der durchgeführten Dienstpostenbewertung.

Der Kreistag beschloss einstimmig bei 5 Stimmenthaltungen, die Nachtragshaushaltssatzung nebst Stellenplan für das Haushaltsjahr 2016 zu erlassen.

**11. Antrag des Heimatbundes für das Oldenburger Münsterland auf Gewährung eines Zuschusses für den Bezug einer neuen Geschäftsstelle
Vorlage: V-KUL/16/060**

Ausschuss für Kultur und Freizeit am 19.04.2016
Kreisausschuss am 26.04.2016

Kreistagsabgeordneter Rosenbaum, Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Freizeit, trug den Sachverhalt gemäß der Vorlage V-KUL/16/060 vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, dem Heimatbund für das Oldenburger Münsterland für den Bezug einer neuen Geschäftsstelle ab dem Jahr 2016 einen jährlichen Mietzuschuss in Höhe von 8.400,00 Euro zu gewähren.

**12. Breitbandausbau im Landkreis Cloppenburg
Vorlage: V-PLA/16/139**

Ausschuss für Planung und Umwelt am 18.05.2016
Kreisausschuss am 07.06.2016

Kreistagsabgeordneter Middendorf, Vorsitzender des Ausschusses für Planung und Umwelt, trug den Sachverhalt gemäß der Vorlage V-PLA/16/139 vor.

Der Kreistag beschloss zu a) der Vorlage einstimmig Folgendes:

Der Beantragung von Fördermitteln des Bundes und Landes zur Erschließung der Haushalte (nebst privater und öffentlicher Einrichtungen) in den skalierten Gebieten des Landkreises mit Breitbandübertragungsraten von mehr als 50 Mbit/s wird



zugestimmt. Für die Ausbaumaßnahme wird bis 2018 ein kreiseigener Anteil in Höhe von 1,9 Mio. € zur Verfügung gestellt. Die erforderlichen zusätzlichen Haushaltsmittel werden über- bzw. außerplanmäßig bereitgestellt.

**13. Antrag auf Erhöhung des Sachkostenzuschusses für das kirchliche Gymnasium "Liebfrauenschule" Cloppenburg (ULF)
Vorlage: V-SCHUL/16/089**

Schulausschuss am 19.05.2016
Kreisausschuss am 07.06.2016

Kreistagsabgeordneter Lanfer, Vorsitzender des Schulausschusses, trug den Sachverhalt gemäß der Vorlage V-SCHUL/16/089 vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, aufgrund des Antrages der Schulstiftung St. Benedikt, Vechta, auf Zahlung eines höheren Sachkostenzuschusses für das Gymnasium ULF in Cloppenburg ab dem Schuljahr 2016/2017, einem Sachkostenzuschuss in Höhe von 350,00 € je Schüler und Jahr zuzustimmen.

**14. Medienentwicklungsplan für die Schulen im Landkreis Cloppenburg
Vorlage: V-SCHUL/16/090**

Schulausschuss am 19.05.2016
Kreisausschuss am 07.06.2016

Kreistagsabgeordneter Lanfer, Vorsitzender des Schulausschusses, trug den Sachverhalt gemäß der Vorlage V-SCHUL/16/090 vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig:

- 1. Der Medienentwicklungsplan wird Arbeitsgrundlage für eine systematische Ausstattung der Schulen in kreiseigener Trägerschaft.**
- 2. Die Verwaltung wird damit beauftragt, Verhandlungen mit den kreisangehörigen Schulträgern zu führen, mit dem Ziel einer Kooperationsvereinbarung.**



-
- 15. Antrag der Gemeinde Bösel auf Gewährung eines Zuschusses aus der Kreisschulbaukasse (Grundschule Petersdorf: Inklusion/Ganztags-schulbaumaßnahmen - Neubau behindertengerechte Sanitäranlagen und Neubau Gruppenräume) - Maßnahme-Nummer: 410
Vorlage: V-SCHUL/16/092**
-

Schulausschuss am 19.05.2016
Kreisausschuss am 07.06.2016

Kreistagsabgeordneter Lanfer, Vorsitzender des Schulausschusses, trug den Sachverhalt gemäß der Vorlage V-SCHUL/16/092 vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, der Gemeinde Bösel für den inklusionsbedingten Neubau behindertengerechter Sanitäranlagen und den Neubau von Gruppenräumen im Rahmen der Umsetzung des Ganztags-schulkonzepts bei der Grundschule Petersdorf einen Zuschuss aus der Kreisschulbaukasse in Höhe von bis zu 83.333,33 Euro zu gewähren.

-
- 16. Kommunale Geschwindigkeitsüberwachung im Landkreis Cloppenburg; hier: Erweiterung der stationären Geschwindigkeitsüberwachung
Vorlage: V-VERK/16/104**
-

Verkehrsausschuss am 12.04.2016
Kreisausschuss am 26.04.2016

Kreistagsabgeordneter Bothe, Mitglied des Verkehrsausschusses, trug den Sachverhalt gemäß der Vorlage V-VERK/16/104 vor.

Der Kreistag fasste einstimmig folgenden Beschluss:

Die Kommunale Geschwindigkeitsüberwachung wird um die stationären Überwachungsanlagen im Zuge der B 213 in Stapelfeld vor der Kreuzung B 213 / B 68 / Jümmestrasse in Fahrtrichtung Lönigen und im Zuge der B 213 in Borkhorn vor der Kreuzung B 213 / Haselünner Strasse / Alte Dorfstrasse in Fahrtrichtung Haselünne sowie einer Kamera-Einheit erweitert. Die Ausgabemittel in Höhe von ca. 120.000,00 € sind ggfs. im Nachtragshaushalt 2016 bzw. im Haushalt 2017 bereit zu stellen.

Die Kreisverwaltung ermittelt die Kosten einer stationären Einrichtung zur Überwachung von Rotlichtverstößen.



**17. Entschärfung von gefährlichen Kreuzungen; hier: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 22.12.2015
Vorlage: V-VERK/16/105/1**

Verkehrsausschuss am 12.04.2016 (V-VERK/16/105)
Kreisausschuss am 26.04.2016

Kreistagsabgeordneter Schröder führte zum Antrag der CDU-Fraktion ergänzend aus, auch die aktuelle Presseberichterstattung zum Unfallgeschehen im Landkreis Cloppenburg zeige, wie notwendig die vom Kreistag beschlossene Prüfung zur Entschärfung unfallträchtiger Kreuzungsbereiche sei.

Auch wenn der Fachausschuss und der Kreisausschuss die Entschärfung dieser Kreuzungsbereiche in Barßel und Lönigen empfehle, um die Verkehrssicherheit auf den Straßen im Landkreis Cloppenburg zu erhöhen, richte er auch an die Verkehrsteilnehmer den Appell entsprechend § 1 der Straßenverkehrsordnung durch ihr Verhalten im Straßenverkehr mögliche Verkehrsgefährdungen zu vermeiden.

Kreistagsabgeordneter Bothe, Mitglied des Verkehrsausschusses, trug den Sachverhalt gemäß der Vorlage V-VERK/16/105/1 vor.

Der Kreistag fasste einstimmig folgende Beschlüsse:

- 1. Der Kreuzungsbereich der K 145 / K 329 / Oltmann-Strengestraße in Barßel, Elisabethfehn-Süd, soll verkehrssicher gestaltet werden. Zu diesem Zweck ist die Errichtung einer Fußgänger-Lichtsignalanlage zu untersuchen und mit Kosten zu hinterlegen. Die Maßnahme ist hinsichtlich der Gestaltung und Finanzierung entsprechend dem Grundsatzbeschluss des Kreistages vom 15.10.2015 sowie vom 17.12.2015 mit der Gemeinde Barßel abzustimmen.**
- 2. Für den Kreuzungsbereich der L 838 / L 840 / K 298 / K 358 in Lönigen, Bunn soll sowohl die Installation einer Lichtzeichenanlage mit Einbeziehung der Bahn als auch der Bau eines Kreisverkehrsplatzes geplant und hierfür die Kosten ermittelt werden.**

18. Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

Es lagen keine Berichte über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses vor.

19. Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten

Es lagen keine wichtigen Angelegenheiten, über die der Landrat berichten müsste, vor.



20. Anfragen

Kreistagsabgeordneter Johann Meyer nahm Bezug auf den Antrag der SPD-Fraktion vom 06.04.2016 und erkundigte sich, warum das Thema „LzO – Gewinnausschüttung“ nicht auf die Tagesordnung der heutigen Kreistagssitzung gesetzt worden sei. Der SPD-Fraktion sei daran gelegen, dass die Experten in öffentlicher Kreistagssitzung die unterschiedlichen Sichtweisen darstellen und danach die Kreistagsmitglieder das Für und Wider abwägen können.

Landrat Wimberg wies darauf hin, dass der Kreisausschuss nach den kommunalverfassungsrechtlichen Bestimmungen die Beschlussfassung des Kreistages zunächst vorbereiten müsse. Daher sei der Antrag auch auf Wunsch der SPD-Fraktion zunächst direkt an den Kreisausschuss weitergeleitet worden. In seiner Sitzung am 07.06.2016 habe der Kreisausschuss festgelegt, welche Fachleute er zunächst anhören will, bevor er dann eine Beschlussempfehlung an den Kreistag aussprechen könne. Da somit der Kreisausschuss seine Vorbereitung noch nicht abgeschlossen habe, sei die Angelegenheit noch nicht entscheidungsreif gewesen. Die angelaufenen Terminabstimmungen mit den Fachleuten würden allerdings schon jetzt zeigen, dass der Kreisausschuss zu einer außerordentlichen Sitzung eingeladen werden müsse. Sobald dann eine Beschlussempfehlung vorliege, werde dieses Thema auch im Kreistag zur öffentlichen Beratung kommen.

21. Mitteilungen

Es lagen keine wichtigen Mitteilungen für den Kreistag vor.

22. Einwohnerfragestunde

Von der Einwohnerfragestunde wurde kein Gebrauch gemacht.

Um 17:20 Uhr schloss der Vorsitzende die Sitzung.

Vorsitzender

Landrat

Protokollführer/in